



PROTOKOLL

Ausschuss für Wissenschaft

Auswärtige **14. Sitzung** in Mainz, Akademie der Wissenschaften und der Literatur, am 22. März 2023

Öffentlich, 14.08 bis 16.49 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Vorstellung des Tätigkeitsspektrums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz inkl. ausgewählter Projekte	S. 4
2. Energiekosten der Universitätsmedizin Mainz: Einsparung von 4,4 Millionen Euro bei der Forschung Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - Vorlage 18/3247 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 5 – 8)
3. Fortführung des Professorinnenprogramms von Bund und Ländern Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/3349 - [Link zum Vorgang]	Abgesetzt (S. 3)
4. Außerschulische politische Bildung in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/3350 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 9 – 13)
5. Neubau eines Labor- und Forschungsgebäudes für das TRON in Mainz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD - Vorlage 18/3351 - [Link zum Vorgang]	Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung (S. 3)
6. Sachstand bei der einmaligen Energiepreispauschale an Studierende Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/3371 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 14 – 15)

Tagesordnung	Ergebnis
7. Biontech verlagert Krebsforschung von Mainz nach London Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - Vorlage 18/3449 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 16 – 19)
8. Fortsetzung des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit - Vorlage 18/3472 - [Link zum Vorgang]	Abgesetzt (S. 3)
9. KI-Agenda des Landes Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - Vorlage 18/3518 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 20 – 23)

Vors. Abg. Marion Schneid eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und freut sich über die Möglichkeit, in der Akademie der Wissenschaften und der Literatur tagen zu können.

Vor Eintritt in die Beratungen:

Punkte 3 und 8 der Tagesordnung:

3. Fortführung des Professorinnenprogramms von Bund und Ländern

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/3349](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

8. Fortsetzung des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen

Vereinbarung Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

- [Vorlage 18/3472](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

Die Anträge werden abgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Neubau eines Labor- und Forschungsgebäudes für das TRON in Mainz

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

- [Vorlage 18/3351](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

Der Antrag ist erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung des Tätigkeitsspektrums der Akademie der Wissenschaften
und der Literatur Mainz inkl. ausgewählter Projekte**

Prof. Dr. Claudius Geisler begrüßt als Geschäftsführer der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz die Anwesenden und führt in das Tätigkeitsspektrum der Akademie ein.

Prof. Dr. Andrea Rapp, Vizepräsidentin der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz, stellt das Liebesbrief-Archiv vor.

Prof. Dr. Roland Kehrein, Forschungskordinator der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz, stellt das Projekt regionalsprache.de (REDE) vor.

Timm Helbach, Leiter des Architekturbüros mamuth, präsentiert den sich in der Entstehung befindenden Kammermusiksaal der Akademie.

Dr. Aglaia Bianchi, Koordinatorin des Pilotprojekts „WissKomm-Academy“, und **Prof. Dr. Claudius Geisler** stellen das Pilotprojekt „WissKomm-Academy“ vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Energiekosten der Universitätsmedizin Mainz: Einsparung
von 4,4 Millionen Euro bei der Forschung**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/3247](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

Staatsminister Clemens Hoch berichtet, die Universitätsmedizin Mainz sei wie alle Kliniken in Rheinland-Pfalz in besonderem Maße von Energiekostensteigerungen betroffen gewesen. Der Gesundheitssektor verbrauche in Deutschland mehr Energie als der Verkehrssektor, da sehr hohe Anforderungen an Wärmebedarf und Raumlufthygiene sowie technische Anlagen bestünden.

Die Universitätsmedizin habe in der Vergangenheit Energie mit kurzfristiger Preisbindung zu sehr günstigen Konditionen erworben und sei auf der Kehrseite von den steigenden Preisen sehr schnell betroffen gewesen.

Aufgrund der Trennungsrechnung müssten Krankenhausversorgung auf der einen Seite und Forschung und Lehre auf der anderen Seite auseinandergehalten werden. Dank der Energiepreisbremse des Bundes, aber auch der Härtefallregelungen, die vor allem für den Bereich der Krankenversorgung konzipiert gewesen seien, sei zunächst die Hoffnung und der Anspruch gewesen, dass ein Großteil der Energiekostensteigerungen durch diese beiden Mechanismen aufgefangen werde.

In dem Antrag werde ein offener Brief des Fachbereichsrats der Universitätsmedizin Mainz angesprochen. In dem offenen Brief werde behauptet, dass es eine Kürzungsvorgabe für das Forschungs- und Lehrbudget wegen der Energiekosten gebe. Offene Briefe seien ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und einem Gremium wie dem Fachbereichsrat sei es unbenommen, es so zu sehen.

Damals habe es veranschlagte Mehrkosten in Höhe von 7 Millionen Euro für Energie mit Blick auf einen Bereich, der möglicherweise auf Forschung und Lehre entfalle, gegeben. Er selbst habe in diesem zeitlichen Zusammenhang im Senat der Johannes Gutenberg-Universität erläutert, dass wenn dies die interne Planung sei – das Budget werde vom Wissenschaftlichen Vorstand gegenüber dem Fachbereich aufgestellt –, dann bitte er darum, wie in allen anderen Bereichen der Universitäten von Forschung und Lehre das Gespräch zu suchen.

Pro Haushaltsjahr seien über 32 Millionen Euro für die Energiekostensteigerungen eingestellt worden. Bereits damals sei eine Energiepreisbremse absehbar gewesen. Durch zurückgehende Preise und Unterstützungsleistungen hätten nicht mehr 7 Millionen Euro, sondern 4,4 Millionen Euro im Raum gestanden. Aufgrund der aktuellen Prognose werde gewusst, dass möglicherweise von bis zu 3 Millionen Euro an Mehrkosten bei auf den Teilbereich Forschung und Lehre entfallenden Energiekosten geredet werde.

Das Ministerium habe der Universitätsmedizin bereits im Jahr 2022 2 Millionen Euro zusätzlich zukommen lassen, um Mehrkosten im Bereich der Lehre zu decken. Dabei habe es sich nicht um eine

Priorisierung der Lehre gegenüber der Forschung gehandelt. Hinsichtlich der Haushaltssystematik seien Haushaltsmittel mit der Zweckbindung Lehre eingestellt worden; alles andere seien interne Umschichtungen gewesen.

Er habe der Universitätsmedizin zugesagt, dass 2 Millionen Euro auf jeden Fall in diesem Jahr noch zur Verfügung stünden, sofern entsprechende Mehrkosten vorhanden seien. Darüber hinaus werde sich angesehen werden, ob vermehrte Energiekosten offenblieben, und es werde darüber geredet werden.

Trotz der damals vorgebrachten Kritik halte er es weiterhin für richtig. 32 Millionen Euro seien für alle Hochschulen außerhalb der Universitätsmedizin eingestellt worden. Wenn zum damaligen Zeitpunkt die Parole ausgegeben worden wäre, Energiekosten würden unabhängig von ihrer Höhe ausgeglichen, hätte er es gesellschaftspolitisch für das falsche Signal gehalten; denn es sei darum gegangen, Energieeinsparungen zu realisieren. In diesem Zeitfenster sei über die Frage einer Gasmangellage und kritischer Infrastruktur spekuliert worden. Die Universitätsmedizin sei unbestritten kritische Infrastruktur. Trotzdem sei das Credo gewesen, dass alle öffentlichen Einrichtungen die Verpflichtung hätten, zwischen 15 % und 20 % an Energieeinsparungen zu erbringen.

Darüber hinaus existierten zugeschriebene Zitate aus Folgegesprächen im Hinblick auf den genannten offenen Brief von Staatssekretär Dr. Alt, der auch Aufsichtsratsvorsitzender sei, mit dem Vorstand der Universitätsmedizin.

Es müsse auch das Binnenverhältnis der Johannes Gutenberg-Universität betrachtet werden. Das Ministerium mache einen Haushalt für die Johannes Gutenberg-Universität und erbringe Zuführungsbeträge für die Universität. In der Universitätsmedizin selbst gebe es den Haushalt, der insgesamt von Herrn Elsner als Kaufmännischem Vorstand der Universitätsmedizin Mainz verantwortet werde und der den Bereich Krankenversorgung mit umfasse.

Dem Fachbereichsrat stehe der Wissenschaftliche Vorstand vor. Das dort verabschiedete Budget werde nicht vorgegeben, sondern es sei eine reine Binnenorganisation der Universitätsmedizin Mainz. Er werde sich an keinen weiteren Diskussionen, was dort im Einzelnen besprochen worden sei, beteiligen. Er selbst sei nicht dabei gewesen.

Er selbst sei aber in der vergangenen Woche im Fachbereichsrat und im Klinik- und Pflegeausschuss der Universitätsmedizin gewesen, um die Fragestellungen rund um Investitionen, Kosten und Investitionsbedarf zu besprechen. Die einhellige große Freude sei gewesen, dass nicht nur 2,2 Milliarden Euro in den Bauplan gegeben würden, sondern in dieser Summe auch Erstausrüstungen der Gebäude enthalten seien und ein neues modernes Gebäude zu Effizienzen in Abläufen führe. Der gemeinsame Anspruch sei die nachhaltigste Universitätsmedizin Deutschlands, wodurch sehr viele Energiekosten gespart werden könnten.

Abg. Martin Louis Schmidt führt an, der Hintergrund des Antrags sei die Sorge, dass es wegen hohen Energiekosten im Extremfall zu Streichungen von Stellen und zu Beeinträchtigungen der Lehre kommen könne. Zu fragen sei nach der kurz- und mittelfristigen Perspektive, also ob aufgrund der

aktualisierten Zahlen davon auszugehen sei, dass es von der Universitätsmedizin ohne wesentliche Einschnitte intern korrigiert werden könne bzw. im Laufe des Jahres noch beträchtliche Geldmittel kämen, um es aufzufangen.

Staatsminister Clemens Hoch erwidert, es könne jetzt noch nicht genau gesagt werden, weil nicht gewusst werde, wie es sich dieses Jahr entwickle. Im Moment würden stark fallende Energiepreise gesehen. Die Befürchtungen hätten sich zum Glück über diesen Winter nicht realisiert.

Damals habe als Sorge ein mögliches Defizit von 7 Millionen Euro im Raum gestanden. In der Voraussage sei es auf etwa die Hälfte geschrumpft. Für dieses Jahr seien noch einmal 2 Millionen Euro zugesagt. Im Moment sei sein Eindruck, dass sich die Energiemärkte beruhigten, sodass er zurzeit davon ausgehe, dass mit allen notwendigen Einsparungen an Energie die Universitätsmedizin ziemlich gut durch das Jahr kommen könne.

Trotzdem werde Gewissheit erst im Laufe des Jahres bestehen, was nicht nur die Universitätsmedizin betreffe. Auch an allen anderen Universitäten und Hochschulen sei man noch nicht soweit, dass genau habe beziffert werden können, wie es mit den genannten 32,2 Millionen Euro weitergehe. Zum Jahresende sei nicht zu 100 % gewusst worden, ob es auskömmlich sei.

PD Dr. Christian Elsner (Kaufmännischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz) ergänzt, im Jahresverlauf werde eine auskömmliche Planung der Stellen gesehen. Streichungen gebe es nicht, sondern es sei ein atmendes System. Es sei mit einem momentan positiven Trend geplant.

Hinsichtlich des Energieeinkaufsverhaltens sei der Strom von 2009 bis 2022 jährlich und das Gas quartalsweise eingekauft worden. Es erfolge in einem Mix, sodass nicht alles, aber der Hauptteil jährlich bzw. quartalsweise eingekauft werde.

Als im Dezember 2021 wieder die Jahresverträge ausgelaufen seien, sei der Ukrainekrieg noch nicht absehbar gewesen, aber Ausläufer seien schon im Energiemarkt vorhanden gewesen. Damals sei ein Preisangebot von 16 Millionen Euro für Strom erhalten worden. Im Durchschnitt seien es zuvor 9 Millionen Euro mit Blick auf den Stromeinkauf gewesen. Zu diesem Zeitpunkt sei richtigerweise kein Jahresvertrag, sondern ein quartalsweiser Vertrag geschlossen worden. Für das Jahr 2022 sei dadurch Strom zu 32 Millionen Euro eingekauft worden sei, weil sich der Preis weiter nach oben entwickelt habe, sodass 16 Millionen Euro gut gewesen wären. Zum Zeitpunkt der Entscheidung habe aber das Einkaufsverhalten umgestellt werden müssen.

Aktuell sei man durch den quartalsweisen Einkauf von Strom eher im Vorteil. Es werde sich nicht für ein Jahr oder vier Jahre gebunden, wie es manche Kliniken machten. Es gebe dadurch die Möglichkeit, flexibel zu reagieren. Die Situation müsse beobachtet werden, um es gut einplanen zu können. Zu danken sei für die Unterstützung. Nun betreffe es die genannten 3 Millionen Euro. Der Preistrend gehe weiter nach unten. Es seien etwas komplexe Mechanismen der Berechnung wie mit der Preisbremse. Um das Ziel genau monitoren zu können, werde es momentan zweimonatlich bzw. monatlich aktualisiert.

Abg. Dr. Matthias Reuber möchte zum Energieeinkaufverhalten wissen, ob künftig Mischformen denkbar seien, sodass ein gewisser Anteil bei vermeintlich niedrigen Preisen langfristig eingekauft werde und der Rest zum Beispiel quartalsweise zugekauft werde.

PD Dr. Christian Elsner erläutert, auch schon vorher sei im Portfolio eingekauft worden. Es sei weiterhin beabsichtigt, mit unterschiedlichen Laufzeiten einzukaufen, da bei der Menge die Sicherheit gebraucht werde, dass jemand diesen Strom verkaufe. Es werde mit Mischverträgen gearbeitet.

Zusätzlich sei die Universitätsmedizin in die Einkaufsgemeinschaft enPortal, die von vielen Unikliniken genutzt werde, gegangen, womit eine Optimierung erreicht werde. Es sei sich mit Gleichgesinnten zusammengeschlossen worden, und es werde eine Einkaufsgemeinschaft am Strommarkt gebildet. Dadurch könnten sich weiter Best Practices beim Portfolio-Mix und Pooling über diese Gruppe abgeschaut werden. Die Optimierung des Portfolios werde weiter in einem sinnvollen marktgängigen Bereich vorgenommen werden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Außerschulische politische Bildung in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/3350](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche führt zur Begründung aus, laut Koalitionsvertrag wolle die Demokratiebildung weiter ausgebaut und gefördert werden. Verschiedene Einrichtungen seien auf diesem Gebiet aktiv, unter anderem die Landeszentrale für politische Bildung und viele Weiterbildungsträger. Ein wichtiger Aspekt sei die Gedenkarbeit. Die Landesregierung werde dazu um Berichterstattung gebeten.

Staatsminister Clemens Hoch berichtet, im Gründungserlass der Bundeszentrale für politische Bildung aus dem Jahr 1952 heiße es, politische Bildung sei aktueller denn je und es komme darauf an, auf längere Sicht die allzu vielen Abseitsstehenden zu gewinnen. Das Zitat könne auch dem 21. Jahrhundert sein. Nach dem Koalitionsvertrag des Bundes und des Landes müsse außerschulische politische Bildung verstetigt werden. Erfreulich sei die große Überzeugung, dass Demokratie eine gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe sei. Nur so könnten aktuelle Herausforderungen bewältigt werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung habe als besonderen Schwerpunkt die Gedenkarbeit, aber es gehe auch um Klimawandel, Globalisierung, Migration, Digitalisierung und deren Bewältigung. Darüber hinaus existierten Herausforderungen für die politische Bildung durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Er bedanke sich bei allen Fraktionen für die Mitarbeit im Kuratorium der Landeszentrale. Er sei froh, dass es im großen Einvernehmen und Schulterschluss hinbekommen werde.

Nach dem Weiterbildungsgesetz in Rheinland-Pfalz existierten staatlich anerkannte Weiterbildungsträger. Es werde ein breites Angebot politischer Erwachsenenbildung vorgehalten. Durch die sozialräumliche Einbettung und spezifische Zugänge zu den Menschen über Volkshochschulen, Kirche, Sport, arbeitsmarktbezogene Angebote und die ehrenamtlichen Vereine vor Ort sei für alle und jeden etwas dabei.

Im Rahmen der Jugendstrategie JES! und des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördere die Landesregierung Maßnahmen in den Kommunen und bei den freien Trägern der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, um zu politischem Denken und zu demokratischem Handeln beizutragen, und Projekte, die merkmalsübergreifend gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgingen und für Demokratie und Vielfalt wirkten.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sei das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung angesiedelt, in diesem Kontext für die Entwicklung und Durchführung von Planspielen zur Einübung von demokratischen Umgangsweisen eingelernt.

Im durch die Landesregierung seit 2002 geförderten Netzwerk für Demokratie und Courage engagierten sich junge Menschen insbesondere an Schulen und Ausbildungsstätten ehrenamtlich für eine demokratische Kultur gegen menschenverachtendes Denken.

Ein wichtiger Akteur sei die Landeszentrale für politische Bildung, deren 50-jähriges Jubiläum sich nähere. Diese unparteiische und überparteiliche Einrichtung informiere Bürgerinnen und Bürger über die Grundlagen der Politik und aktuelle politische Entwicklungen und fördere das demokratische Bewusstsein. Dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber sei für die deutliche Unterstützung der Arbeit auch im Haushalt 2023/2024 zu danken.

Dort gebe es Veranstaltungen, Publikationen, etablierte Formate, den Schüler- und Jugendwettbewerb und diverse Argumentationstrainings. Gemeinsam wollten innovative Formate zur Demokratiebildung entwickelt werden.

Mit der Gedenkarbeit werde an die Tradition des Landes angeknüpft. Er spreche dabei insbesondere von der Mainzer Republik und den demokratischen Revolutionen. Erfreulich sei die gemeinsame Verabredung, die inhaltliche Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiter zu fördern und zu unterstützen.

Dr. Sarah Scholl-Schneider (Stellv. Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung) führt aus, die Landeszentrale betreibe nicht isoliert non-formale politische Bildung im Land, sondern sie nutze auch das Potenzial anderer Weiterbildungsträger und deren jeweils spezifische Expertise. Häufige Kooperationspartner seien die Friedensakademie, die Atlantische Akademie, die Evangelische Akademie der Pfalz, die Fridtjof-Nansen-Akademie, das Heinrich Pesch Haus, medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e.V., das Frank-Loeb-Institut oder auch die Stiftung Hambacher Schloss.

Um es noch mehr in Fläche zu tragen und nicht nur in Mainz vor Ort aktiv zu sein, seien die Volkshochschulen vor Ort immer ein guter und wichtiger Partner. Auch Landesverbände wie der der Sinti und Roma, der Partnerschaftsverband 4er-Netzwerk oder auch die jüdischen Gemeinden seien Projekt- und Veranstaltungspartner. Partner würden auch grenzüberschreitend gesucht. Die Landeszentrale für politische Bildung sei zum Beispiel auch Gründungsmitglied der AG Politische Bildung in der Großregion.

Wenn die Landeszentrale Kooperationspartner sei – sei es bei Veranstaltungen oder in Projektzusammenhängen –, dann würden Veranstaltungen oder Formate konzeptionell begleitet, mitfinanziert und beworben. Damit werde immer auch anderen Trägern, die nicht als Konkurrenz, sondern als Mitstreiter im Bereich der politischen Bildung gesehen würden, eine Bühne gegeben und Hand in Hand gearbeitet.

Besonders schön lasse sich diese Art der Zusammenarbeit anhand des rheinland-pfälzischen Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ beschreiben. Es biete einen besonderen Raum für die außerschulische politische Bildung und schaffe diese wichtige Vernetzungsmöglichkeit.

So facettenreich wie die Partner seien auch die Formate, mit denen die Landeszentrale unterwegs sei. Es seien klassische Vortragsveranstaltungen, Workshops, Argumentationstrainings, Gruppenführungen und Studienreisen. Es seien aber auch noch klassischer Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Film- und Theatervorführungen.

Vieles werde inzwischen wieder in Präsenz in Mainz, immer häufiger aber auch im ganzen Bundesland angeboten. Es seien teils Hybridveranstaltungen und je nach methodischer Ausrichtung und didaktischem Ziel reine Onlineveranstaltungen. Es sei immens hilfreich gewesen, dass kurz vor Ausbruch der Pandemie eine Verstärkung im Social-Media-Bereich stattgefunden habe und ein gut ausgestatteter Digitalisierungstitel neu in den Haushaltsplan aufgenommen worden sei. Dadurch hätten mit Partnerinnen und Partnern im Land Angebote zum Beispiel gegen Fake News und Hate Speech entwickelt werden können. Die digitalen Zivilcouragetrainings seien sehr gut nachgefragt. Es werde aber auch in Veranstaltungen oder Publikationen insgesamt die digitale Transformation als gesellschaftlich relevantes Thema thematisiert.

Die kostenlos verfügbaren Publikationen seien das, worüber man Landeszentrale und Bundeszentrale kenne. Rund 400 Titel vom Nachschlagewerk bis hin zum kompakten Infoheft seien ein wichtiger Arbeitsauftrag, der nach außen die Tätigkeit darstelle. Die höchste Auflage erreichten die Grundgesetz-Heftchen, die kombiniert mit der Landesverfassung immer in aktualisierter Neuauflage erschienen. Ein traditionelles Format seien die „Blätter zum Land“, in denen kompakt landeskundliche und landeshistorische Themen aufgegriffen würden. Deren jüngste Ausgabe widme sich der Gründungsgeschichte und Weiterentwicklung der Universitäten in Rheinland-Pfalz.

Eine weitere Besonderheit unter den Landeszentralen – neben dem Schwerpunkt der Gedenkarbeit – sei die Bibliothek, die sowohl dienstlich als auch öffentlich sei und in der man die Publikation anschauen und mitnehmen könne. Dieser öffentliche Ort werde auch für Lesungen und Ausstellungen genutzt werden.

In den beiden Gedenkstätten, in Osthofen und in Hinzert, informierten Dauerausstellungen mit regionalem Bezug über die NS-Zeit und die Geschichte der beiden Konzentrationslager. Das Team der Gedenkstättenpädagogik leiste dort hervorragende Arbeit, die sich inzwischen in zahlreichen Kooperationsverträgen, zum Beispiel einer Fortbildungsvereinbarung mit der BASF, niederschlage.

Daneben würden in den Gedenkstätten jährlich bis zu drei Sonderausstellungen angeboten, wie die im Moment in Osthofen laufende Ausstellung zu frühen Lagern. Zu diesen werde ein umfangreiches Rahmenprogramm erstellt. Diese Ausstellungen würden, wenn sie aus anderen Einrichtungen stammten, immer noch einmal durch einen regionalen Bezug ergänzt. Dabei komme der Landeszentrale zugute, dass sie auch Träger des NS-Dokuzentrums sei. Das heiße, die Archivalien und die Expertise seien gleich mit im Haus, um das auch machen zu können.

Ein Ausstellungshighlight der letzten Jahre sei sicherlich die „Renato Mordo“-Ausstellung, eine viel gefragte Eigenproduktion der Landeszentrale. In ihrer zweisprachigen Fassung, Griechisch und Deutsch, werde sie an diesem Abend in Ioannina eröffnet, weshalb Bernhard Kukatzki, der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, nicht an dieser Ausschusssitzung teilnehmen könne.

Zur Gedenkarbeit in der Fläche und zur Weiterentwicklung habe Staatsminister Hoch schon alles Wichtige gesagt. Eine sich in der Entwicklungsphase befindliche Konzeption befasse sich derzeit mit dem ehemaligen Landesdurchgangwohnheim in Osthofen. Hier ergäben sich ganz spannende Perspektiven, die in Osthofen einerseits über das frühe Lager, sozusagen die frühe NS-Zeit, und andererseits über die Spätfolgen von durch die NS-Diktatur verursachte Flucht und Vertreibung sichtbar gemacht werden könnten. Damit sei der Ort für das Thema der Migration in der Gegenwart wunderbar anschlussfähig und biete große Reize für die historisch-politische Bildungsarbeit.

Im Bereich der Demokratiebildung spiele auch die Antidiskriminierungsarbeit eine große Rolle. Es werde referatsübergreifend thematisiert. Die eigentliche Fachstelle gegen Diskriminierung sei allerdings nur mit einer 50 %-Stelle ausgestattet. Die erwähnten Argumentations- und Zivilcourage-trainings seien hier an erster Stelle zu nennen, die als Landeszentrale stetig weiterentwickelt würden.

Es bestehe der Anspruch, Themen multiperspektivisch zu betrachten und alle Facetten aufzuzeigen. Ein Grundprinzip der politischen Bildung sei die Kontroversität. Dies werde immer wieder auch über halbjährliche Themenschwerpunkte versucht. Im Moment laufe der Themenschwerpunkt „Wald“.

Die Landeszentrale sei auch bestrebt, aktuellste Ereignisse aufzugreifen, ob zu Belarus, dem Iran oder vor allem im Frühjahr 2022 zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Landeszentrale habe dazu landesweit als erstes überhaupt Veranstaltungen angeboten. Eine der ersten Onlineveranstaltungen zu dem Thema habe 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehabt. Dabei sei der Landeszentrale zugutegekommen, dass sie sich seit Jahren mit sicherheitspolitischen und vor allem osteuropäischen Themen beschäftige.

Obwohl die Landeszentrale als außerschulischer Bildungsträger eher in der Erwachsenenbildung tätig sei, beinhalte das Portfolio auch Angebote dezidiert für Jugendliche. Viele in Rheinland-Pfalz würden über das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erreicht, in dem die Landeszentrale als Landeskoordination inzwischen über 190 Schulen mit steigender Tendenz betreue.

Auch der Schüler- und Jugendwettbewerb, ein traditionelles Format, das mit dem Landtag gemeinsam angeboten werde, sei behutsam erneuert, digitalisiert und für Partizipation geöffnet worden. Eine Besonderheit in diesem Jahr anlässlich des 20-jährigen Bestehens des 4er-Netzwerks sei, dass Jugendliche aus den drei europäischen Partnerregionen erstmals teilnehmen könnten.

Bei den Studienreisen im Sommer nach Oppeln und im Spätherbst nach Israel würden Teilnehmerkontingente für junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befänden und dadurch einen ermäßigten Preis hätten, angeboten.

Die Landeszentrale sei stolz, Teil dieser vielfältigen politischen Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz zu sein. Formate und Stärken würden gern eingebracht. Zu betonen sei, in der schulischen politischen Bildung gebe es Lehrpläne. In der außerschulischen politischen Bildung gebe es diese Pläne nicht. Zur Landeszentrale werde freiwillig gekommen. Täglich werde daran gearbeitet, dass sich immer mehr dieser Freiwilligen für die Arbeit begeisterten. Das werde im Sinne einer Stärkung der Resilienz der Demokratie und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts insgesamt getan.

Vors. Abg. Marion Schneid legt dar, politische Bildung und Demokratiebildung seien Querschnittsaufgaben. Insofern sei es wichtig, ein gutes Netzwerk zu haben, um möglichst viele Menschen ansprechen zu können und mitzunehmen.

Abg. Dr. Lea Heidbreder hält es für wertvoll, die außerschulische politische Bildung zu stärken, und erkundigt sich mit Blick auf Zielgruppen und Sichtbarkeit, wie ein breites Spektrum an Menschen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Hintergründen erreicht werde.

Dr. Sarah Scholl-Schneider erwidert, in der politischen Bildung werde im Moment die Diskussion über Zielgruppen in Richtung einer Raumdiskussion, die auch im Kinder- und Jugendbericht deutlich geworden sei, verschoben. Es werde sich mehr und mehr gefragt, in welchen Räumen die sogenannten Zielgruppen unterwegs seien. Dort spiele der digitale Raum eine große Rolle. Dieser sei schon ganz gut im Blick, aber über mobile Angebote werde versucht, stärker in der Fläche unterwegs zu sein.

Für das Jubiläum im Jahr 2024 sei geplant, einen Bus zu mieten und vor Ort Räume zu erschließen, an denen die Landeszentrale sonst nicht aktiv sein könne. Selbst wenn mit Volkshochschulen vor Ort zusammengearbeitet werde, dann würden dort diejenigen erreicht, die das dortige Programm kennen, lesen könnten usw.

Die Landeszentrale habe also die Raumdiskussion in den Blick genommen, wodurch die Zielgruppen gar nicht so sehr thematisiert würden. Es werde immer wieder kritisiert, dass Zielgruppen mit einem eigenen Blick konstruiert würden. Es sei besser, die Räume zu identifizieren, in denen möglichst viele Menschen erreicht werden könnten.

Abg. Martin Louis Schmidt bemerkt, als Mitglied des Kuratoriums sei er über die vielfältigen Aktivitäten der Landeszentrale informiert, und fragt nach Plänen, die Landeszentrale am Kronberger Hof, deren Gebäude er als nicht repräsentativ empfinde, an einen attraktiveren Ort mit größeren Räumlichkeiten zu verlegen.

Staatsminister Clemens Hoch erwidert, im Moment laufe ein Mietvertrag, aber es werde die Einschätzung geteilt, dass die Räume alles andere als zeitgemäß seien. Deshalb bestehe ein enger Austausch auch mit der Führung der Landeszentrale, vor allem im Interesse der Mitarbeitenden geeignete alternative Räumlichkeiten zu finden.

Vor etwa zwei Jahren sei geglaubt worden, mit dem Angebot des Landtags, freiwerdende Flächen im Isenburg-Karree zu nutzen, eine Lösung gefunden zu haben. Da sich beim Landtag aber die Zahl der Mitarbeitenden ausgeweitet habe, habe sich diese Möglichkeit zerschlagen. Es habe neu begonnen werden müssen zu suchen. Es bestehe die Hoffnung, etwas auf eher zeitgemäßem Niveau zu finden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Sachstand bei der einmaligen Energiepreispauschale an Studierende

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/3371](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Dr. Lea Heidbreder führt zur Begründung aus, im letzten Jahr sei die Energiepreispauschale für Studierende in Höhe von 200 Euro beschlossen worden mit der Idee, nicht nur den BAföG-Empfängerinnen und -Empfängern eine solche Unterstützung zukommen zu lassen, sondern allen Studierenden.

Sie bitte um Darlegung der Abwicklung der Auszahlung sowie aktueller Zahlen, sofern solche schon vorhanden seien.

Staatsminister Clemens Hoch erläutert, bedauerlicherweise habe sich der Weg, bis diese einmalige Energiepreispauschale nun endlich ausgezahlt werden könne, sehr lange hingezogen, und sei nicht einfach gewesen. Sein Dank gelte seinem Kollegen aus Sachsen-Anhalt, der dieses Verfahren im Rahmen einer Einer-für-alle-für-alle-Lösung aufgesetzt und dafür gesorgt habe, dass die Plattform für die Einmalzahlung stabil laufe. Anfangs habe es, wie der Presse zu entnehmen gewesen sei, Probleme mit der Bundes-ID gegeben, wenngleich nicht in Rheinland-Pfalz.

Über die Hotline werde eine hohe Anzahl an Verfahren abgewickelt. Insgesamt seien bundesweit – Stand heute – 1,3 Millionen Anträge gestellt worden, die fast alle bewilligt worden seien, für 1,2 Millionen Anträge habe es bereits Auszahlungen gegeben.

Insgesamt seien 3.443.890 Zugangscodes von über 4.000 Ausbildungsstätten hochgeladen worden, da nicht nur die Hochschulen, sondern auch schulische Einrichtungen und ministeriumseigene Einrichtungen, beispielsweise im Innenministerium, im Finanzministerium oder im Bildungsministerium, angesprochen seien.

Für Rheinland-Pfalz bedeute das 55.581 Anträge, von denen 55.283 bewilligt worden seien. Einige Anträge in einer Größenordnung von unter 200 seien noch nicht bewilligt worden, obwohl sie schon vor geraumer Zeit gestellt worden seien. Hintergrund sei, dass diese schon vor Start des Portals hochgeladen worden seien und deshalb jetzt händisch nachbearbeitet werden müssten.

Abg. Dr. Herbert Drumm fragt nach, wie viel Prozent der infrage kommenden Antragsteller einen Antrag gestellt hätten.

Staatsminister Clemens Hoch gibt die Anzahl mit unter 50 % an. In Rheinland-Pfalz gebe es rund 120.000 Studierende, hinzu kämen noch die Fachschulen. Den aktuellen Stand der eingegangenen Anträge habe er genannt. Am 20. März habe diese Anzahl bei 48.817 gelegen, etwa 47.300 im Bereich seines Ministeriums, 1.150 im Bereich des Bildungsministeriums, 67 im Bereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitales, 20 aus dem Bereich des Ministeriums für Wirtschaft,

Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, 90 aus dem Bereich des Finanzministeriums und 120 aus dem Bereich des Innenministeriums. Das zeige, der Schwerpunkt liege im Studierendenbereich. Die niedrige Quote habe ihn überrascht, was vielleicht mit der vorlesungsfreien Zeit zusammenhänge.

Staatsminister Clemens Hoch sagt auf Bitte von **Abg. Dr. Herbert Drumm** zu, dem Ausschuss die aktuellen Zahlen der gestellten Anträge zukommen zu lassen.

Auf entsprechende Nachfrage von **Abg. Dr. Matthias Reuber** antwortet **Elisabeth König-Frank (Sachbearbeiterin im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit)**, ein solcher Antrag könne noch bis 30. September gestellt werden.

Abg. Dr. Matthias Reuber erkundigt sich weiter, ob angesichts der niedrigen Quote eine Informationskampagne oder andere Schritte angedacht seien.

Staatsminister Clemens Hoch gibt an, über die Hochschulen seien ausführliche Informationen an die Studierenden weitergegeben worden. Grund für diese niedrige Quote könne sein, dass die Studierenden nicht die Notwendigkeit sähen, gleich am ersten Tag einen solchen Antrag zu stellen, sondern einen solchen erst dann auf den Weg zu bringen, wenn sie aus der vorlesungsfreien Zeit zurück seien. Für ein weiteres Fazit würde er deshalb erst einmal zwei bis drei Wochen nach Semesterbeginn abwarten wollen.

Abg. Dr. Herbert Drumm fragt nach, ob die bisher gestellte geringe Anzahl der Anträge vielleicht mit der Komplexität des Antragsverfahrens zusammenhängen könne.

Staatsminister Clemens Hoch weist darauf hin, das Antragsverfahren sei kein bisschen komplex, es sei vielmehr sehr schlank aufgesetzt worden und laufe reibungslos.

Die Hürde, die vielleicht beim Stellen eines solchen Antrags gesehen werden könne, könne die bereits erwähnte Bundes-ID sein, die jeder Studierende benötige, um sich registrieren zu lassen. Dabei habe es sich um eine Vorgabe des Bundes gehandelt, weil er verhindern wolle, dass es eine Verrechnung mit anderen Zahlungen gebe vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Verrechnung des 9-Euro-Tickets mit den Sozial- und Semesterbeiträgen.

Aufgrund der Bundeshaushaltsordnung sei auch ein gewisses Ausschlusskriterium gewünscht gewesen, dass die Beträge nicht an ausländische Studierende gezahlt würden, die außerhalb der Europäischen Union lebten.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Biontech verlagert Krebsforschung von Mainz nach London

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/3449](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Martin Louis Schmidt führt zur Begründung aus, die Corona-Pandemie habe Negatives gebracht und wirke bis heute fort. Bis alle Folgen überwunden seien, werde es noch eine lange Zeit brauchen. Zu den wenigen positiven Begleiterscheinungen gehöre das Unternehmen BioNTech mit seinem hohen Renommee und sehr guten Perspektiven für die Wissenschaft in Mainz, Rheinland-Pfalz und nicht zuletzt ganz Deutschland.

Die Perspektiven, die sich möglicherweise für die Krebsforschung böten, könnten noch viel interessanter sein, weshalb das Augenmerk des Landes darauf gerichtet werden sollte. Nun sei die Nachricht zu vernehmen, dass das Unternehmen ausgerechnet die Krebsforschungsabteilung nach London verlagere. Das sollte alarmierend wirken, zumal es sich einreihe in andere Verlagerungen von Produktionen, von Forschungsabteilungen und Stellen, wie beispielsweise seitens der BASF oder auch von Mittelständlern.

Die Landesregierung habe sich den Erfolg von BioNTech auf die eigenen Fahnen geschrieben mit der Nennung der guten Rahmenbedingungen. Wenn BioNTech seine Krebsforschungsabteilung nach Großbritannien verlagere, müsse jedoch schon die Frage gestellt werden, ob diese Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz vielleicht doch nicht so gut seien und die Politik deshalb dort ansetzen müsse, Stichwort Datenschutzregelung, Bürokratie und die hohen Energiekosten.

Staatsminister Clemens Hoch bringt seinen Eindruck einer selektiven Wahrnehmung auf Grundlage der Tageszeitung BILD zum Ausdruck; denn zumindest in den rheinland-pfälzischen Medien sei sehr klar dargestellt gewesen, dass es sich um eine Falschmeldung handele. Eine Verlagerung der Krebsforschungsabteilung von Mainz nach London sei nicht geplant.

Richtig sei, es gebe Herausforderungen im medizinisch-klinischen Bereich in Deutschland, eine davon habe Abgeordneter Schmidt zu Recht benannt, das sei die Frage des Patientendatenschutzes, den es in Deutschland nun einmal gebe. Er persönlich vertrete die Auffassung, es sei notwendig in der Frage der Nutzbarkeit von Daten zum Beispiel in Phase III von klinischen Studien liberaler zu werden.

Zu dem, was BioNTech getan habe. Das Unternehmen habe am 6. Januar bekannt gegeben, dass es eine Absichtserklärung mit der britischen Regierung unterzeichnet habe zur Umsetzung von klinischen Studien mit personalisierten mRNA-Immuntherapien mit dem Ziel, bis 2030 im Vereinigten Königreich 10.000 Patientinnen und Patienten mit personalisierten Krebstherapien zu versorgen. Die mehrjährige Vereinbarung fokussiere sich auf drei strategische Bereiche: Krebsimmuntherapie auf Basis von mRNA und anderen Wirkstoffklassen, Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten und Investitionen in die Expansion von BioNTech im Vereinigten Königreich als einen der Kernmärkte des Unternehmens.

Daneben habe am 10. Januar BioNTech S. E. eine Vereinbarung bekannt gegeben, nach der das Unternehmen BioNTech das Unternehmen InstaDeep übernehmen werde, bei dem es sich um ein Unternehmen handle, mit dem BioNTech schon sehr lange zusammenarbeite, und das nun das eigene Portfolio ergänzen solle. Dabei gehe es vor allem um Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen. Die Übernahme sei Teil von BioNTechs Strategie, weltweit führende Kapazitäten in der KI-gesteuerten Arzneimittelforschung und in der Entwicklung von Immuntherapieimpfstoffen der nächsten Generation aufzubauen, um Krankheiten mit hohem medizinischen Bedarf zu adressieren.

BioNTech habe daneben aber auch von Anfang an Abkommen mit rheinland-pfälzischen Instituten und vor allem außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie zum Beispiel Fraunhofer in Kaiserslautern, getroffen.

Bei den vorgenannten Aktivitäten handle es sich um keine Verlagerung von Mainz nach London, sondern um zusätzlichen Kapazitätsaufbau in Märkten vor allem mit anderen regulatorischen Rahmenbedingungen. Es handle sich um völlig normale Vorgänge, dass Unternehmen, die stark wüchsen, ins Ausland expandierten und sich auf diese Weise in externen Märkten absicherten.

Im Zuge der Klarstellung, die das Unternehmen im Januar gemacht habe, habe es auch darüber informiert, dass es in Mainz im Vergleich zu Großbritannien das Vielfache in die Krebsforschung zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen sowie auch am Standort in Idar-Oberstein zu expandieren beabsichtige.

Bei BioNTech handle es sich um ein internationales Unternehmen, das strategische Partnerschaften eingehe. Das erfülle ihn nicht mit Sorge. Das Unternehmen habe in Rheinland-Pfalz, in Mainz, seinen Stammsitz und werde ihn auch behalten. Ihn beruhige es vielmehr, dass das Unternehmen weiter expandiere und vor allem mit dem Nukleus Mainz zurückzukehren beabsichtige in den Schwerpunkt Krebsforschung und individualisierte Medizin, ein Bereich, in dem das Unternehmen vorher schon aktiv gewesen sei.

BioNTech vernetze sich selbstverständlich global, genauso wie die Märkte globaler Natur seien. Deshalb sei es sehr begrüßenswert, dass das in diesem Fall wie selbstverständlich funktioniere, vor allem auch in globalen Kooperationen mit Partnern aus der Wissenschaft, weil es das sei, was BioNTech schon die ganze Zeit mache, mit exzellenten Köpfen auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte es dieses Joint Venture zwischen BioNTech und Pfizer nicht gegeben, das letztendlich dazu geführt habe, dass das Produktionsrollout des Impfstoffes in dieser Geschwindigkeit überhaupt möglich geworden sei.

Bei BioNTech handle es sich um ein Start-up-Unternehmen im Hyperwachstum. Know-how sei in kürzester Zeit dazu gekauft worden, oder es habe entsprechende Joint Ventures oder Partnerschaften gegeben. Daneben gebe es seit 2012 in Mainz den etablierten Spitzencluster für individualisierte Immuntherapien, bei dem es um die Entwicklung personalisierter Diagnosen und Therapien verschiedener Volkskrankheiten gehe. An diesem Cluster, zu dessen zentrale rheinland-pfälzischen Wissenschaftsakteuren unter anderem die Johannes Gutenberg-Universität, die Universitätsmedizin

Mainz und das TRON gehörten, seien auch namhafte Großunternehmen wie Boehringer Ingelheim sowie Start-ups und andere KMU beteiligt gewesen.

BioNTech sei damals ein noch recht junges mittelständisches biotechnologisches Unternehmen gewesen, das den wenigsten Außenstehenden bekannt gewesen sei, aber schon damals Expansionspläne gehabt habe. Er könne sich noch sehr gut an ein Zusammentreffen mit einem Vorstandsmitglied erinnern, als es darum ging, Grenzkosten pro Stellplatz durch die Tiefgarage im zweiten Stock zu vermeiden. Damals sei es um sechsstelligen Beträge gegangen. Das Unternehmen habe angefragt, ob es nicht möglich sei, mit der BIMA über eine Verlagerung des Zauns an der nebenstehenden Kaserne zu sprechen, um Parkplätze zu schaffen und Geld zu sparen.

BioNTech stelle eine herausragende Entwicklung in diesem Bereich dar, wenngleich es eines der Leuchtturmprojekte des Clusters in Mainz sei. Dabei handele es sich keineswegs um die erste Ausgründung von Şahin und Türeci, die Firma Ganymed habe ebenfalls schon eine erfolversprechende Ausgründung dargestellt und sei damals an ein japanisches Unternehmen mit einem hohen Gewinn verkauft worden.

Ein weiteres Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen in Mainz sei noch zu nennen. Im Juli 2022 sei es wieder einem Konsortium aus den drei vorgenannten Partnern mit BioNTech gelungen, im prestigeträchtigen und signifikant geförderten Zukunftsclusterwettbewerb des BMBF curATime als neuen Zukunftscluster einzuwerben. Dabei handele es sich um ein Cluster, das vor allem auf Künstliche Intelligenz gestützte Biomarkerforschung mit immunologischen Lösungsansätzen vereine, um individuell ausgerichtete Behandlungs- und Präventionskonzepte für kardiovaskuläre Erkrankungen zu entwickeln und in die klinische Anwendung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund sehe er den Forschungsstandort Rheinland-Pfalz keineswegs geschwächt, sondern im Gegenteil, es fänden sehr viele positive Entwicklungen statt.

Gefragt worden sei nach Konsequenzen für das Forschungszentrum für Immuntherapie, FZI, an der Johannes Gutenberg-Universität. Dazu sei hervorzuheben, dass die Universitätsmedizin seit etwa fünf Jahrzehnten immunologische Spitzenforschung betreibe, die das Fundament des Forschungszentrums darstelle. Das sei der Verdienst exzellenter Forscher, die dafür gute Rahmenbedingungen benötigten. Dafür habe das Land Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren gezielt in Forschung, Infrastruktur und Forschungsbauten sowie außeruniversitäre Einrichtungen investiert. Beispiele dafür seien das TRON und das Helmholtz-Institut HI-TRON sowie der Bau des Paul-Klein-Zentrums für Immunintervention.

Der Erfolgsgeschichte des FZI gehe eine lange Zeit voraus und vor allem eine relevante Zahl an Sonderforschungsbereichen und großen drittmittelgeförderten Forschungsprojekten.

Abg. Martin Louis Schmidt hebt hervor, weder lese er die BILD-Zeitung, noch habe er in diesem Zusammenhang mitbekommen, dass diese Zeitung das dargestellt habe. Seine wesentliche Quelle sei der WirtschaftsKurier mit seiner ersten Ausgabe in diesem Jahr. Der Bericht sei sehr überzeugend gewesen, sodass die Alarmglocken läuten sollten und das Augenmerk darauf gelenkt werden sollte.

Es wäre negativ für Rheinland-Pfalz, für Deutschland insgesamt, wenn perspektivisch die Krebsforschung ins Ausland verlagert werden könnte. Der Tenor im WirtschaftsKurier lasse durchaus vermuten, dass es sich bei dieser Verlagerung nur um einen ersten Schritt handele, weil es in Großbritannien aufgrund eines anderen Datenschutzes möglich sei, Zugriff auf die Genomdatenbanken zu erlangen, somit ganz andere Forschungsvoraussetzungen durch günstigere Rahmenbedingungen gegeben seien.

Der nächste Schritt stelle für ihn dar, Produktion und Stellen dorthin zu verlagern sowie entsprechende finanzielle Mittel dort zu investieren.

Wenn es nun heiße, auch in Rheinland-Pfalz finde ein Ausbau statt, könne das als Begleiterscheinung eines sehr erfolgreichen und boomenden Unternehmens gesehen werden, sodass vielleicht kein Grund für Alarmismus gegeben sei, jedoch wäre seines Erachtens eine gewisse Skepsis und Sorge aufgrund dieses Schritts von BioNTech durchaus angebracht, verbunden mit dem Gedanken, über eine Änderung der Rahmenbedingungen hier im Land nachzudenken.

Staatsminister Clemens Hoch betont, er setze sich sehr dafür ein, in dieser Hinsicht die Rahmenbedingungen in Deutschland forschungsfreundlicher zu gestalten, vor allem an der Schnittstelle der Translation. In Mainz gebe es über die Institute, die mit der Universitätsmedizin verzahnt seien, hervorragende Bedingungen. Deswegen werde der Neubau für HI-TRON direkt auf dem Gelände der Universitätsmedizin errichtet, um beide Einrichtungen zusammen zu bringen.

Unbestritten sei, Deutschland habe ein anderes Datenschutzniveau als andere europäische Staaten. Er sehe aber im 21. Jahrhundert die Notwendigkeit, darüber Gespräche zu führen, wie es möglich sei, einen verhältnismäßigen Ausgleich zwischen dem Datenschutz allgemein, dem berechtigten Interesse von Patientinnen und Patienten am Schutz ihrer Daten und den Interessen der forschenden Pharma-Unternehmen herzustellen.

Was die Quelle der Informationen von Abgeordnetem Schmidt angehe, so sei ihm das Magazin WirtschaftsKurier nicht bekannt gewesen, habe er erst jetzt davon erfahren. Für ihn wäre es nicht das Leitmedium, um sich zu informieren; denn der Aufmachung nach zu urteilen, komme es der von ihm genannten Tageszeitung doch recht nahe, sodass er bezweifle, dass es sich hier um Qualitätsjournalismus handele.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

KI-Agenda des Landes

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/3518](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Matthias Reuber führt zur Begründung aus, die Künstliche Intelligenz sei in vielen Themenfeldern präsent, könne auch in vielen Bereichen hilfreich sein. Sie werde in den nächsten Jahren weiterhin Thema sein und bleiben. Jetzt habe ChatGPT aber auch gezeigt, dass es notwendig sei, schnell auf Entwicklungen reagieren zu können und zu müssen.

Vor diesem Hintergrund werde Staatsminister Hoch gebeten, den aktuellen Stand in den rheinland-pfälzischen Hochschulen darzustellen, an denen es international sehr erfolgreiche Lehrstühle gebe, wie beispielsweise in Koblenz die Robotik, die schon mehrmalig in ihrem Bereich Künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen und Bildverarbeitung Weltmeister geworden sei.

Darüber hinaus wolle er darum bitten, die Strategie für die Zukunft zu erläutern, weil aus Sicht seiner Fraktion massive Investitionen im Bereich der KI benötigt würden, nicht nur in dem Kernbereich MINT, sondern auch in vielen anderen Fächern, in denen KI einen gewissen Berührungspunkt darstelle.

Staatsminister Clemens Hoch referiert, Rheinland-Pfalz sei bundesweit Vorreiter in Bezug auf die KI gewesen. Sie sei zudem jenseits der vielen anderen wichtigen Forschungsaspekte einer der drei Schwerpunkte, die in dieser Legislaturperiode von der Landesregierung gesetzt würden: Biotechnologie, KI, Quantentechnologie.

Unbestritten sei, kaum eine andere Technologie verändere seit Jahren tagtäglich den Alltag in der Art und Weise. Was mit dem KI-Sprachbot aktuell geschehe, sei bestes Beispiel dafür, dabei aber nur die Spitze des Eisbergs.

Vor wenigen Jahren sei der Öffentlichkeit noch kaum bekannt gewesen, was KI eigentlich sei, mittlerweile werde sie als Schlüsseltechnologie angesehen und in den unterschiedlichsten Bereichen eingesetzt, vor allem ganz markant im Bereich Klimaschutz, Biotechnologie, Medizin und der Mobilität.

Dort kämen heute schon standardmäßig Methoden der KI zum Einsatz und trügen maßgeblich dazu bei, dass in diesen Bereichen in der Vergangenheit nur unzulänglich analysierte und interpretierte Daten heute Erkenntnisse darstellten, die für Innovationen wichtig seien.

Schon vor 30 Jahren sei in Rheinland-Pfalz mit dem Auf- und Ausbau von KI begonnen worden. Vor allem wolle er dabei die Gründung des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern nennen, das heute 1.200 Mitarbeitende habe, verteilt auf 27 Forschungsbereiche an mittlerweile fünf Standorten. Es sei eines der größten sowie national und international renommiertesten Forschungsinstitute in seinem Bereich.

Darüber hinaus habe das Land an seinen Hochschulen ebenso wie an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen den Aufbau von KI-Kompetenzen unterstützt.

Im Jahr 2020 habe Ministerpräsidentin Malu Dreyer die rheinland-pfälzische KI-Agenda vorgestellt, um so zusätzliche Impulse für die Weiterentwicklung der KI in Rheinland-Pfalz zu setzen. Ausgehend von den bestehenden Kompetenzen der rheinland-pfälzischen Wissenschaftslandschaft ziele die KI-Agenda durch ein ausgewähltes Maßnahmenbündel darauf ab, KI-Kompetenzen im Land nachhaltig zu stärken, auszubauen und vor allem in der Breite der Anwendung zu etablieren.

Beispiele für diese Maßnahmen seien die sogenannten KI-Lotsen. Frau Professorin Dr. Schöbel vom Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, ETWM, in Kaiserslautern sei im Jahr 2020 die erste gewesen. Ferner seien KI-Botschafter ausgebracht worden, deren erste Frau Professorin Dr. Zweig von der TU Kaiserslautern und Herr Professor Dr. Dengel vom DFKI gewesen seien.

Darüber hinaus sei im Rahmen der KI-Förderung im Hochschulbereich in die wissenschaftliche Nachwuchsförderung in Form von vier KI-Forschungskollegs mit einer Fördersumme von insgesamt 3 Millionen Euro investiert worden. Über diese Forschungskollegs hinaus seien für weitere Teilmaßnahmen ebenfalls Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro für die Universitäten in Mainz, Kaiserslautern, Trier und Koblenz-Landau für die Förderung von KI-Nachwuchswissenschaftlern zur Verfügung gestellt worden.

Zu erwähnen sei auch die KI-Allianz Rheinland-Pfalz. Im Februar 2021 hätten alle Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Bereits Ende 2021 hätten die Projektbüros ihre Arbeit aufgenommen. Neben den regelmäßigen Sitzungen des Lenkungskreises habe es im letzten Jahr eine große Auftaktveranstaltung gegeben, auf der Einblicke in die KI-Kompetenzen der rheinland-pfälzischen Akteure gegeben worden seien. Am 11. April 2023 finde eine weitere Veranstaltung der KI-Allianz statt, auf der dem Thema „KI im Gesundheitswesen“ ein Schwerpunkt gewidmet werden solle.

Vorgesehen seien zehn Professuren für Künstliche Intelligenz, acht von ihnen seien bereits zugewiesen worden.

Die KI-Kompetenzen, die in Rheinland-Pfalz aufgebaut worden seien, seien im Zuge der Corona-Pandemie durch verschiedene Projekte weiter ausgebaut, aber auch schon genutzt worden: Das DFKI habe vom Ministerium eine zusätzliche Förderung zum Aufbau der Außenstelle in Trier in einer Größenordnung von 500.000 Euro erhalten.

Konkret eingesetzt worden sei KI zur Bestimmung von optimalen Therapieansätzen für erkrankte Personen sowie zur Prognose der Ausbreitung von Krankheiten wie COVID-19 bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Eindämmung.

Mit Blick auf die weiteren strategischen Planungen sei angedacht, den Schwerpunkt neben Biotechnologie und Quantencomputing auch auf die KI zu setzen. Dazu diene die neu geplante Maßnahme des Aufbaus von KI-Labs. Damit sollten praxisnahe Erprobungsräume für den

anwendungsorientierten Einsatz von KI-Methoden und -Technologien in Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen etabliert werden. Der Focus liege dabei auf kleinere und mittlere Unternehmen, da diese oftmals über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügten und somit die Hürden und Berührungspunkte für KI deutlich höher seien als bei Großunternehmen. Damit solle der rheinland-pfälzische Mittelstand in dem Transfer zwischen Universitäten und Wirtschaft weiter gestärkt werden.

Die Förderung dieser Vorhaben werde in Rheinland-Pfalz im Rahmen des EFRE-Programms dargestellt.

Abg. Dr. Matthias Reuber erwähnt, Staatsminister Hoch habe zu Beginn seiner Ausführungen von einer bundesweiten Vorreiterrolle im Bereich von KI von Rheinland-Pfalz gesprochen und das mit aktuellen Projekten und der Historie begründet. Er bitte um Auskunft, ob sich dies auch anhand von aktuellen Zahlen in Investitionen oder Rankings belegen lasse, da auch andere Bundesländer in den letzten Jahren massiv in diesem Bereich investiert hätten.

Genannt worden seien zehn Professuren für die KI, von denen acht bereits zugewiesen worden seien. Ihn würde interessieren, um welche Hochschulen es sich dabei handele.

Staatsminister Clemens Hoch antwortet, ein aktuelles Ranking sei ihm in dieser Hinsicht nicht bekannt.

Mittlerweile gebe es KI in jedem gesellschaftlichen Bereich. Ohne die KI wären beispielsweise Produktionsabläufe in der Wirtschaft nicht mehr darstellbar.

In Rheinland-Pfalz gebe es neben dem DFKI in Kaiserslautern entsprechende Ansätze an den Hochschulen in Kaiserslautern, Mainz, Koblenz und Trier. Somit seien an allen Universitäten in Rheinland-Pfalz Schwerpunkte in der KI gesetzt worden.

Daneben verfüge das Land über starke außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Fraunhofer-Institute in Kaiserslautern, die sich mit KI und Quantencomputing befassen. In der letzten Woche habe er dafür einen Förderbescheid in Höhe von 1,2 Millionen Euro übergeben können.

Von den acht Professuren seien drei der RPTU Kaiserslautern, eine der TH Bingen, zwei der JGU Mainz und zwei der Hochschule in Worms zugewiesen worden.

Staatsminister Clemens Hoch sagt auf Bitte von **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Vors. Abg. Marion Schneid hebt hervor, die positiven Effekte der KI seien klar gegeben. Es sei zudem notwendig, KI in allen Bereichen zum Wohle der Menschen zu fördern. Umgekehrt müsse es aber auch Konsequenz sein, die Menschen zu befähigen zu unterscheiden, wo KI anfangs und ende bzw. die missbräuchliche Nutzung zu erkennen, wie die Fake-Darstellung der Verhaftung von Donald

Trump. Gerade letzteren Punkt sehe sie als große Herausforderung, mit der sich die Forschung befassen müsse.

Staatsminister Clemens Hoch sieht dies als guten Hinweis; denn selbstverständlich bringe die KI gewisse Herausforderungen mit sich, vor allem im bildgebenden Verfahren, in dem rasante Fortschritte zu verzeichnen seien. Das hänge damit zusammen, dass die Menschen dem Bild, also das, was sie sähen, stärker glaubten als dem, was sie läsen oder hörten. Als Ausfluss dessen würden dann aber auch Mechanismen gebraucht, um Bilder, Darstellungen zu erkennen, bei denen es sich um Fake-Bilder/-Darstellungen handele.

Deshalb sei ihm besonders wichtig, noch einmal hervorzuheben, dass sowohl die Staatskanzlei als auch das Bildungsministerium besondere Angebote zur Medienkompetenz böten. Dazu gehöre der Umgang mit Bildern oder sogenannten Deep Fakes.

Das, was heute schon im Bereich von Freeware mit der eigenen Stimme und dem eigenen Gesicht möglich sei, im Onlinebereich zu machen, sei schon enorm.

Das Thema „ChatGPT“ stehe im Fokus. Mittlerweile gebe es eine neue Profiversion, die eine beeindruckende Fortentwicklung der ursprünglichen Version darstelle, wobei selbst die bisherige Version schon sehr viel leisten könne. Er habe die Mitarbeitenden in seinem Haus ausdrücklich ermuntert, diese neuen Techniken zu nutzen, weil es auch gelte, ganz klar die Vorteile zu sehen, die darin lägen, die Arbeit in weiten Bereichen zu erleichtern. Wichtig sei es dabei, die KI weiterhin als Hilfsmittel zu sehen, nicht jedoch als Ersatz für die menschliche Intelligenz.

Wenngleich immer wieder von Künstlicher Intelligenz die Rede sei, handele es sich doch nur um simulierte Intelligenz. Das gelte es, sich immer wieder klarzumachen.

Der Antrag ist erledigt.

Vors. Abg. Marion Schneid bedankt sich bei den Gastgebern für die Möglichkeit, in den Räumlichkeiten der Akademie der Wissenschaften und der Literatur tagen zu können, sowie bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Dr. Katrin Rack
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Köbberling, Dr. Anna	SPD
Maier, Florian	SPD
Müller, Tamara	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Simon, Anke	SPD
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Heidbreder, Dr. Lea	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schmidt, Martin Louis	AfD
Wink, Steven	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Hoch, Clemens	Minister für Wissenschaft und Gesundheit
---------------	------------------------------------------

Gäste

Bianchi, Dr. Aglaia	Koordinatorin des Pilotprojekts „WissKomm-Academy“ der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz
Elsner, PD Dr. Christian	Kaufmännischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz
Geisler, Prof. Dr. Claudius	Geschäftsführer der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz
Helbach, Timm	Leiter des Architekturbüros mamuth
Kehrein, Prof. Dr. Roland	Forschungskordinator der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz
Rapp, Prof. Dr. Andrea	Vizepräsidentin der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz
Scholl-Schneider, Dr. Sarah	Stellv. Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung

Landtagsverwaltung

Sprenger, Kai	Regierungsamtmann
---------------	-------------------

Berkhan, Claudia

Regierungsdirektorin im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführerin)

Rack, Dr. Katrin

Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)